

29.08.2022

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der FDP

### **Verwirrung bei der Gasumlage – Die Landesregierung muss sich für Entlastungen der Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW einsetzen!**

Die Debatte um den Verwendungszweck und Zielgenauigkeit der von der Bundesregierung geplanten Gasumlage für alle Verbraucherinnen und Verbraucher spitzt sich zu. Handwerkliche Fehler bei der Ausgestaltung der Gasumlage machen es möglich, dass eine Reihe von Rohstoffhändlern, wie beispielsweise OMV, ebenfalls Ausgleichansprüche aus der Gasumlage angemeldet haben, obwohl diese hochprofitabel sind und deshalb nicht auf finanzielle Unterstützung des Staates angewiesen sind. Stimmen werden daher laut, die nachträglich Änderungen an der Ausgestaltung der Gasumlage verlangen. Unter anderem wird gefordert, die Gasumlage so auszugestalten, dass nur den Gaslieferanten Ausgleichansprüche gewährt werden, die sich aufgrund des Ausbleibens russischer Gaslieferungen in einer existenziellen Liquiditätskrise befinden.

Kommt es zu keinen substantiellen Nachbesserungen bei den Antragsbedingungen, fällt die Gasumlage aufgrund der umfangreichen Anmeldungen viel höher als eigentlich erforderlich aus. Diese Mehrbelastung trifft Nordrhein-Westfalen in einer Phase hoher Inflation und sinkender Reallöhne in besonderem Maße. Mehr als die Hälfte der fast neun Millionen Haushalte heizt im bevölkerungsreichsten Bundesland mit Erdgas. Eine künstlich hohe Gasumlage zu Gunsten liquider Großimporteure ist zutiefst unfair, überhaupt nicht sachgerecht und droht zudem die sozialen Folgen der Energiekrise weiter zu verschärfen.

Neben den privaten Haushalten ist auch der hiesige Industriestandort in besonderem Maße von der Gasumlage betroffen. In Nordrhein-Westfalen sind ein Drittel der deutschlandweiten energieintensiven Industrie beheimatet. Die für die ansässige Industrie maßgeblichen europäischen Gaspreise sind inzwischen neun Mal so hoch wie in den USA (Stand 29.08.2022). Mit diesem immer größer werdenden Standortnachteil geraten auch die vielen Tausend guten Industriearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen immer mehr in Gefahr. Darum gilt es auch hier, jede vermeidbare Mehrbelastung durch die Gasumlage zu verhindern.

Die geplante Gasumlage hat zwischenzeitlich eine ganze Reihe von weiteren Interventionsmaßnahmen zur Dämpfung der vom Bund selbstinitiierten Kostensteigerung durch die Gasumlage in Gang gesetzt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat in der vergangenen Woche eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Erdgas auf sieben Prozent angekündigt. Teile von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Einführung einer Übergewinnsteuer, um die Mehrkosten der Gasumlage für Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Abschöpfung von Gewinnen bei Unternehmen ausgleichen zu können. Die CDU setzt sich auf Bundesebene für eine Abschaffung der geplanten Gasumlage ein.

Datum des Originals: 29.08.2022/Ausgegeben: 29.08.2022

Mona Neubaur, die Wirtschafts- und Energieministerin des Landes Nordrhein-Westfalen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hat sich im Rahmen des Campfire Festivals vor dem Landtag am Samstag, den 27.08.2022, weiter für die Einführung der Gasumlage ausgesprochen, fordert aber Nachbesserungen.<sup>1</sup> Trotz der weitreichenden Folgen der Gasumlage für die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen ist eine Haltung von Ministerpräsident Hendrik Wüst zur Gasumlage bisher noch nicht öffentlich zu vernehmen.

Sowohl auf die privaten Haushalte als auch auf die energieintensiven Unternehmen in Nordrhein-Westfalen kommen erhebliche Kostensteigerungen zu. Wie sich die Landesregierung in der Frage der Gasumlage und steigender Energiepreise gemeinsam positioniert, ist unklar. Da auf Bundesebene zeitnah weitere entscheidende Abstimmungen zur Gasumlage anstehen, muss der Landtag Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Aktuellen Stunde die Positionierung und Haltung der Landesregierung zur geplanten Gasumlage debattieren. Die Dringlichkeit zeigt sich zudem in der kurzfristig anberaumten Pressekonferenz von Ministerpräsident Hendrik Wüst und Wirtschaftsministerin Mona Neubaur am heutigen Montag, den 29. August 2022.

Henning Höne  
Marcel Hafke  
Dietmar Brockes

und Fraktion

---

<sup>1</sup> RP Online 27.08.2022: [https://rp-online.de/nrw/landespolitik/neubaur-fordert-umbau-der-gasumlage-streckbetrieb-bei-akw-notfalls-ermoeglichen\\_aid-75823137](https://rp-online.de/nrw/landespolitik/neubaur-fordert-umbau-der-gasumlage-streckbetrieb-bei-akw-notfalls-ermoeglichen_aid-75823137)